



Berliner Landesgruppe

Inge Hirschmann
Vorsitzende der Berliner Landesgruppe
Babelsberger Str. 45; 10715 Berlin
E-Mail: inge.hirschmann@gmx.de

Offener Brief

Thema: Gemeinsam stark: Eine Schule für alle

Tagesspiegel Nr. 21 003/Sonntag 12. Juni 2011 Beilage Mensch & Mobilität

An den
 Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung
 Herrn Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
 Otto-Braun-Str. 27
 10178 Berlin-Mitte

und als Stellungnahme an
 die Redaktion des Tagesspiegel

Berlin, den 12. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Senator,

das der Berliner Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegte „Gesamtkonzept Inklusive Schule“ stieß in den letzten Monaten auf erhebliche Kritik. Auch der Grundschulverband hat davon abgeraten, eine so tiefgreifende Reform kostenneutral auf den Weg zu bringen.

Die Abgeordneten der verschiedenen Parteien im Schulausschuss sind den kritischen Einwendungen gefolgt. Bedauerlicherweise wurde mit dieser Einsicht aber auch der Gestaltungsprozess hin zu einer gerechteren inklusiven Grundschule auf die Zeiten nach der Wahl und der Regierungsneubildung verschoben.

Der Tagesspiegel vom 12. Juni 2011 beschreibt die großen Zweifel von Eltern, dass die Grundschulen in Berlin flächendeckend in der Verfasstheit sind, ihren Kindern mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen gerecht zu werden.

Seit dem Schuljahr 2003/2004 ist der Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf kontinuierlich gestiegen. In diesem Zeitraum sank die Zahl der Vollzeitstellen in den Förderzentren um 223 – aber die Stellen flossen nicht in gleichem Umfang in die Integration an den Regelschulen. „Das bremst die Weiterentwicklung des im Schulgesetz vorgesehenen Vorrangs des gemeinsamen Unterrichts an allgemeinen Schulen“ heißt es dazu im Senatskonzept. (Zitiert aus Artikel von Barbara Kerbel im Tagesspiegel s. o.)

Trotz der Kritik – auch die Grundschule ist im Vergleich zu anderen Schulformen nach wie vor auffallend unterfinanziert - halten Sie auch für das Schuljahr 2011/12 an den Zumessungsrichtlinien zur personellen Ausstattung und zur Organisation des sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Grundschulen fest.

Das hat nun zur Folge, dass im Schuljahr 2011/12 in einer Armutsregion wie Kreuzberg mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderen Lern- und Lebensbewältigungsproblemen die regionale Schulaufsicht den Stundenfaktor für die sonderpädagogische Förderung in der

Integration von bisher 2,5 auf 2,0 senken musste. Einige Schulen verlieren mit dieser Kürzung erneut eine halbe bis eine ganze Lehrerstelle.

Exemplarisch an einem Berliner Bezirk wird deutlich: Schulen bzw. Schulregionen, denen es in den letzten Jahren gelungen ist, den Wandel von der selektierenden Schule zu einer Schule für alle Kinder voranzubringen – sind im kommenden Schuljahr erneut von erheblichen Kürzungen betroffen.

Mit der „gedeckelten“ Personalressource für die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern haben die Schulen in den sozialen Brennpunkten wie Kreuzberg seit Jahren erhebliche Einbußen in der personellen Ausstattung hinnehmen müssen. Verschärfend kommt hinzu, dass über Jahre die flexiblen Dispositionspool kontinuierlich abgebaut wurden. Diese Dispositionspool-Stunden waren aber an den innovativen Schulen in den besonders belasteten Regionen der Stadt zur Unterfütterung von unterstützenswerten Konzepten und Reformvorhaben notwendig.

Der gleichzeitig gestiegene Anteil von armen Kindern, die aufgrund ihrer prekären Lebensverhältnisse tagtäglich in den unzureichend ausgestatteten Schulen mehr und mehr Misserfolge erleben, blieb im Grundsatz in den letzten Jahren unberücksichtigt. Zu viele Grundschulen verlieren an substanzieller Kraft, ihre Aufgabe als die gesellschaftspolitisch entscheidende Bildungseinrichtung für alle zu erfüllen.

Als Senator nehmen Sie mit der aktuellen Zuteilung von Lehrerstunden für ein weiteres Schuljahr billigend in Kauf, dass

- Kinder mit besonderem Förderbedarf im Schulalltag nur noch unzureichend gefördert werden und die von den Kollegien erarbeiteten Förderkonzepte nicht erfolgreich umgesetzt werden können.
- der Vorrang der Integration von behinderten Kindern mangels notwendiger Unterstützung und Fördermöglichkeiten in den betroffenen Schulen bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt wird und die seit PISA I (2001 !!!) beklagte mangelhafte Chancengerechtigkeit von Kindern in besonders prekären Lebenslagen – hier vor allem der Kinder mit Migrationshintergrund – weiter voran schreitet.
- die Motivation und das Engagement der Schulleiter/innen, aber noch mehr der Lehrer/innen, in den von den neuen Zumessungsrichtlinien hauptsächlich benachteiligten Schulen wegen der impliziten Geringschätzung und fehlenden Unterstützung ihrer täglichen Arbeit an den Berliner Grundschulen schweren Schaden nehmen.

Weder das Aussitzen bis nach den Wahlen noch Flickschusterei lösen die bestehenden Problemlagen der gemeinsamen Beschulung der Kinder im Grundschulalter in Berlin. Die derzeit praktizierte Form der Stundenzuweisung ist schul- und sozialpolitisch ein „Schlag ins Gesicht“ derjenigen, die den Auftrag, der mit der Anerkennung der UN-Menschenrechtskonvention an einen zeitnahen Umbau des Schulsystems verbunden ist, ernst nehmen.

Für alle Grundschulen mit behinderten Kindern sowie mit einem hohen Anteil von Kindern mit erheblichen sozial-emotionalen Entwicklungsproblemen muss im Schuljahr 2011/12 die notwendige sonder- und sozialpädagogische Unterstützung garantiert sein, die ein erfolgreiches ganztägiges Lernen und Arbeiten in höchst heterogenen Kindergruppen in den sozialen Brennpunkten erst möglich macht. **Wir erbitten deshalb unbedingt eine entsprechende Korrektur in der Lehrerzuweisung für Schulen in den sozialen Brennpunkten.**

Mit freundlichen Grüßen

